ZBB 2000, 427

BGB §§ 315, 607; AGBG §§ 8, 9, 13; VerbrKrG § 4 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. e, § 6

Inhaltskontrolle einer Klausel betreffend die Anpassung variabler Zinsen

LG Dortmund, Urt. v. 30.06.2000 – 8 U 559/99, WM 2000, 2095

Leitsätze:

- 1. Eine Zinsanpassungsklausel, die dem wesentlichen Regelungsgehalt des § 4 Abs. 1 № 1 Buchst. e VerbrKrG widerspricht, verstößt auch gegen § 9 Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 1 AGBG.
- 2. Eine Zinsanpassungsklausel betreffend variable Zinsen genügt § 4 Abs. 1 № 1 Buchst. e VerbrKrG, wenn mindestens der Referenzzinssatz und die Anpassungsmarge vorgegeben ist, um dem Verbraucher eine angemessene Kontrolle der Abwicklung seines Darlehensvertrages zu ermöglichen.
- 3. Ein variabler Zinssatz paßt sich bei Überschreiten der Anpassungsmarge nicht automatisch an. Die Bank ist vielmehr verpflichtet oder berechtigt, eine angemessene Anpassung des Zinses nach Maßgabe des § 315 BGB vorzunehmen, und zwar unter Berücksichtigung ihrer konkreten wirtschaftlichen Situation und unter Wahrung der Prämissen aus dem Ursprungsvertrag.